



STAFFELÜBERGABE IN DER INNENBEHÖRDE

ANDY GROTE TRITT NACHFOLGE VON MICHAEL NEUMANN AN

Am Beginn des politischen Jahres in Hamburg stand der Wechsel an der Spitze der Innenbehörde. Michael Neumann hat sein Amt als Innen- und Sportsenator am 18. Januar aus persönlichen Gründen niedergelegt.



Michael Neumann
Bild: Michael Zapf

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion bedauerte diesen Schritt und dankte Michael Neumann für seine Arbeit. „Hamburg, die SPD und ich ganz persönlich haben Michael Neumann unglaublich viel zu verdanken“, würdigte ihn SPD-Fraktionschef Andreas Dressel.

Neumann zog 1997 in die Hamburgische Bürgerschaft ein, wurde Mitglied im Innen- und Haushaltsausschuss und arbeitete in der Enquete-Kommission „Jugendkriminalität“ mit. Er wurde 2001 innenpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Als Fraktionsvorsitzender von 2004 bis 2011 hat er an zentraler Stelle mit dafür gesorgt, die SPD in Hamburg wieder in Regierungsverantwortung zu führen und hat ab 2011 als Innensenator auch in schwierigen Zeiten die Sicherheit in der Hansestadt garantiert. Galt der Posten des Präses in der Innenbehörde jeher als Schleudersitz, hat Michael Neumann das Ressort zu jeder Zeit kompetent und mit sicherer Hand gelenkt. In seiner Funktion als

Sportsenator hat er sich mit persönlichem Engagement für die Olympia-Bewerbung eingesetzt, die von den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern im Volksentscheid leider knapp abgelehnt wurde.

„Michael Neumann hat sich in vielfacher Hinsicht um unsere Stadt verdient gemacht. Wir bedauern seine Entscheidung und hoffen sehr, dass es kein Abschied von der Politik für immer ist“, so Andreas Dressel.

Auf Michael Neumann folgte der 47-jährige Andy Grote in das Amt des Innen- und Sportsenators. Er hat als Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte, aber auch bereits als ehemaliger Bürgerschafts- und Bezirksabgeordneter, wesentlich dazu beigetragen, gute und solide Politik umzusetzen. Auf der Bürgerschaftssitzung am 20. Januar wurde Andy Grote mit 72 von 118 Stimmen zu Neumanns Nachfolger gewählt und vereidigt.

Andreas Dressel begrüßte die zügige Nachfolgeentscheidung von Olaf Scholz. „Andy Grote kennt als Bezirksamtsleiter in Mitte die Licht- und Schattenseiten unserer Me-

tropole – eine gute Voraussetzung, um Innensenator zu sein. Mit seiner Geradlinigkeit, seiner langjährigen Verwaltungserfahrung und seiner ebenso durchsetzungsstarken wie vermittelnden Art ist er für dieses Amt bestens gewappnet. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen ihm für die anstehenden Aufgaben alles Gute!“

Die SPD Hamburg bedankt sich bei Michael Neumann für die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre und wünscht Andy Grote alles Gute in seinem neuen Amt. Eines der zentralen Themen derzeit ist die Flüchtlingssituation in Hamburg – ebenso ein Bereich mit dem er bereits als Bezirksamtsleiter sehr eng im Bezirk Mitte verbunden war. Zu Grotes ersten Aufgaben zählte die Übergabe neuer Einsatzfahrzeuge an die Hamburger Feuerwehr sowie der Besuch des Sport- und Integrationsprojektes für Flüchtlinge „Durchboxen und ankommen“ beim Boxclub Hanseat auf St. Pauli.



Andy Grote bei der Vereidigung
Bild: Senatspressestelle

OLAF SCHOLZ IM GESPRÄCH

Auch in diesem Jahr werden wir wieder mit unserem erfolgreichen Format „Olaf Scholz im Gespräch“ unterwegs sein und im Laufe der aktuellen Legislatur jeden der 17 Wahlkreise zwei Mal besuchen. Wir entwickeln das moderne Hamburg stets weiter. Wir schaffen die Voraussetzungen und legen noch eine Schippe drauf, zum Beispiel mit einem erweiterten Wohnungsbauprogramm, gut ausge-

statteten und gebührenfreien Bildungseinrichtungen, einer klaren Haushaltspolitik ohne neue Schulden und mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, die den Herausforderungen des großstädtischen Verkehrs gerecht wird. Mit den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs möchte Olaf Scholz das Gespräch darüber fortsetzen, was in unserer Stadt getan werden muss.

Los geht es in diesem Frühjahr mit folgenden Veranstaltungen:

- 1. März, 19:30 Uhr in der FABRIK in Altona, Barnerstraße 36
- 27. April, 19:30 Uhr in der Stadtteilschule Mümmelmannsberg in Mitte, Mümmelmannsberg 75

Matthias Bartke neuer Justiziar der
SPD-Bundestagsfraktion



Mehr auf Seite 2



Liebe Genossinnen und Genossen,

Auch 2016 stehen wir in Hamburg wie viele deutsche und europäische Städte vor großen Herausforderungen. Allem voran die Unterbringung derer, die auf ihrer Flucht vor Krieg und Terror ihren Weg nach Hamburg gefunden haben.

Im Bund und in Europa müssen große Anstrengungen unternommen werden, um durch die Sicherung der EU-Außengrenzen und die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verantwortung für die Flüchtlinge die Zahl derer zu reduzieren, die zu uns kommen. Klar ist: Je weniger Flüchtlinge kommen, desto besser bekommen wir Unterbringung und Integration hin.

Wir rechnen dennoch damit, dass wir in diesem Jahr etwa 40.000 weitere Flüchtlinge unterbringen müssen. Diese Zahl sollte niemand aus politischen Motiven künstlich klein rechnen, weil wir ein Problem hätten, wenn sie dann doch größer ausfällt. Wir müssen uns gemeinsam Gedanken machen, welche Standorte dafür genutzt werden können. Die Stadt muss sich darauf konzentrieren, was in diesem Jahr machbar ist.

Dabei dürfen wir aber nicht vernachlässigen, Arbeitsstätten und Wohnungen für alle anderen Hamburger und diejenigen, die aus anderen Teilen Deutschlands kommen, um zu arbeiten, zu studieren oder eine Familie zu gründen, zu schaffen.

Hamburg wächst. Das wäre auch ohne die große Zahl an Flüchtlingen so. Die Stadt hat einen stetig wachsenden Bedarf an Wohnraum, weswegen wir schon bei der Regierungsübernahme 2011 ein Wohnungsbauprogramm gestartet haben, dessen ehrgeizige Zielvorgabe ist, 6.000 Wohnungen pro Jahr fertigzustellen.

Für die vergangenen Jahre konnten wir gute Zahlen vorlegen: 2015 ist der Bau von 9.560 Wohnungen genehmigt worden, in den Vorjahren, also 2013 und 2014, wurde sogar die 10.000-Marke erreicht. Wir haben bisher insgesamt 46.387 Wohneinheiten genehmigt, das heißt, die Zielvorgabe wurde um mehr als die Hälfte (rd. 54,6%) übertroffen. Auch die Zahl der Fertigstellungen ist beachtlich, 2013 lag sie bei 6.400 Wohnungen und 2014 bei knapp 7.000. Da die Bauzeit jeweils zwei bis drei Jahre beträgt, können wir jetzt schon sagen, die Höhepunkte liegen noch vor uns. Wir werden diesen Weg weiter beschreiten und wir hören nie mehr auf, Wohnungen zu bauen.

Und wir müssen und werden hier nochmals eine ordentliche Schippe drauflegen. Denn wir haben die Herausforderungen der Zeit erkannt und nehmen sie an.

Euer

Olaf Scholz

FILMABEND: DER STAAT GEGEN FRITZ BAUER

GEDENKEN AN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN „HELDEN IN ROBE“

Ein breites Bündnis aus unter anderem AvS, ASJ, Jusos Mitte, Schwusos und dem AK gegen Rechtsextremismus, die Juso HSG an der Bucerius Law School und die Humanistische Union organisierte im Dezember 2015 eine Vorführung des neuen Films „Der Staat gegen Fritz Bauer“ im Abaton Kino. Mit 80 Besucherinnen und Besuchern war der Saal fast komplett ausgebucht. Obwohl der Eintritt frei war, spendeten die Zuschauerinnen und Zuschauer fast 160 € als freiwillige Kostenbeteiligung.

Im anschließenden Gespräch mit der Autorin Bettina Stangneth und dem Vorsitzenden der AvS Wolfgang Kopitzsch wurde die bewegende Geschichte Fritz Bauers auch auf aktuelle Entwicklungen bezogen.

Mit seinem hartnäckigen Kampf gegen das Vergessen hatte der Staatsanwalt Fritz Bauer in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts die junge Bundesrepublik geprägt. Bauer holte die Nazi-Verbrechen ans Licht der Öffentlichkeit, half Adolf Eichmann vor Gericht zu bringen und initiierte mit den sogenannten Auschwitzprozessen einige der wichtigsten Strafverfahren der Nachkriegsgeschichte.

„Mit dem breiten Bündnis der Organisatoren war auch ein Versuch getan, die enorme inhaltliche Breite abzudecken, die das Wirken Fritz Bauers ausmacht,“ sagte Mitinitiatorin Tina Winter (ASJ). Als Sozialdemokrat, Humanist, Antifaschist und Jurist kämpfte er für die juristische Aufklärung der Naziverbrechen, nicht als Racheakt, sondern als „Lehrstunde“ für ein neues Deutschland. Dabei richtete er sich immer besonders an die junge Generation. Der Film thematisiert erstmals auch seine Homosexualität und zeigt die erschütternde Unterdrückung und Verfolgung von Homosexuellen im Nachkriegsdeutschland.

Fritz Bauer wird von vielen als ein „Held in Robe“ gesehen. Dennoch war er lange Zeit wenig bekannt und es sind bis



Bild: ALAMODE FILMDISTRIBUTION gHc

heute kaum Plätze, Schulen, Straßen oder Institutionen nach ihm benannt.

Mit diesem Filmabend wollten die Veranstalterinnen und Veranstalter zu einer seit einigen Jahren erfreulicherweise immer stärker werdenden Beschäftigung mit Fritz Bauer beitragen und helfen, ihm den Platz im öffentlichen Bewusstsein einzuräumen, den er verdient hat, so die Mitinitiatoren Sebastian Mietzner (AK gegen Rechtsextremismus) und Janwillem van de Loo (Jusos Mitte). Weitere Veranstaltungen zu diesem Thema sind daher auch in diesem Jahr in Planung.



Bild: Marco Urban

MATTHIAS BARTKE

NEUER JUSTIZIAR DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Der Altonaer Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Bartke ist am 26. Januar in Berlin von den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zum neuen

Justiziar gewählt worden und löst damit die bisherige Fraktionsjustiziarin und neue SPD Generalsekretärin Katarina Barley ab. Der promovierte Jurist Bartke, der nun auch dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand angehört, wurde vom Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann vorgeschlagen. „Ich bedanke mich für den Vertrauensvorschuss der Kolleginnen und Kollegen. Nach erst zwei Jahren im Deutschen Bundestag ist es für mich eine besondere Anerkennung, dass ich nun die Geschicke der Fraktion eng begleiten darf. In meinen früheren beruflichen Funktionen habe ich häufig an der Schnittstelle von Politik und Ver-

waltung gearbeitet. Aus diesem Grund freue ich mich jetzt umso mehr auf die neue Aufgabe“, sagte Matthias Bartke nach der Wahl.

Bartke hat Rechtswissenschaften in München und Hamburg studiert. Nach ersten beruflichen Erfahrungen in einer Altonaer Anwaltskanzlei promovierte er am Hamburger Friedensforschungsinstitut über die verfassungsrechtlichen Grenzen von Bundeswehreinräten. 1991 trat Bartke in den Hamburger Verwaltungsdienst ein. Dort hat er eine Reihe von Führungspositionen zumeist in ministeriellen Funktionen wahrgenommen. Zuletzt war er dort Leitender Regierungsdirektor und leitete die Rechtsabteilung der Sozialbehörde. 2013 wurde Bartke im Wahlkreis Hamburg-Altona direkt in den Bundestag gewählt. Er ist dort Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Überdies ist Bartke stellvertretender Vorsitzender der deutsch-japanischen Parlamentariergruppe.

Berlin direkt

DEMOKRATIE IN DIESEN ZEITEN

Text: Metin Hakverdi

In den vergangenen Monaten haben mich besonders viele Zuschriften von Menschen erreicht, die die aktuelle internationale Politik verunsichert, die von der Politik in unserem Land enttäuscht sind und von denen einige dem demokratischen Prozess ablehnend oder zumindest kritisch gegenüberstehen.

Neu ist diese Entfremdung nicht. Eine gewisse Distanz zur Demokratie erleben wir schon seit Jahren. Sinkende Wahlbeteiligung und ausbleibendes Engagement in politischen Parteien sind Phänomene, die nicht nur uns Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten schon immer herausfordern.

Neu ist jedoch die Dimension der Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die Zahl der Briefe und E-Mails sind dafür ein Zeichen, aber auch das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Ich kann ihre Verunsicherung verstehen: Die Konflikte etwa in Syrien, Nordafrika oder Afghanistan dauern zwar schon lange an, erreichen uns aber in Gestalt der vielen Flüchtlinge nun ganz unmittelbar. Wie sollen wir diese Herausforderung nur meistern, fragen sich viele. Sind wir dem gewachsen?

Tatsächlich ist die Flüchtlingskrise eine Mammutaufgabe für unser Land. Sie darf aber nicht zu einer Bewährungsprobe für unsere Demokratie umgedeutet werden. Parteien wie die AfD versuchen diese Krise als Hebel zu benutzen, um un-

ser demokratisches System insgesamt in Frage zu stellen. Sie simplifizieren fahrlässig die Lage: Wer mit der Parole "Grenzen dichtmachen" meint, Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bedrohung fernhalten zu können und das eigene Land zu schützen, bringt es in Wahrheit in Gefahr. Die Motive für solche Lösungsansätze sind augenfällig: Je schwieriger und komplexer ein Problem ist, desto größer wird die Sehnsucht nach einfachen Antworten, die Zuspruch und Wählerstimmen garantieren. Die Vereinfachung der Probleme führt aber nicht zu ihrer Lösung. Mit „Schlechte Laune ist noch kein Konzept“, bringt Olaf Scholz diesen Umstand treffend auf den Punkt. Solche Vereinfachungen führen im Ergebnis zu noch mehr Frustration bei den Menschen in unserem Land. Sie bewirken nur eine Legitimationskrise unserer Demokratie.

Der demokratische Prozess ist Schwerarbeit, der Kompromiss sein Erfolgsmodell. Von Beginn an hat die Bundesrepublik ein auf Mäßigung angelegtes Gemeinwesen zu sein, erfolgreich gemacht. Der Kompromiss war seine Königsdisziplin.

Die SPD ist die Partei, die sich in ihrer langen Geschichte nie zu einfachen Antworten geflüchtet hat, gerade auch dann nicht, wenn – wie etwa in der Weimarer Republik – andere sich dem Sog der vermeintlich einfachen Lösungen nicht entziehen konnten. Sie folgte der Erkenntnis, dass Demokratie Zeit braucht: Zeit zum politischen Gespräch, zum Streiten, zum Innehalten. Die demokratischen Parteien müssen das

etablierte System demokratischer Lösungsfindung unter dem Dauerfeuer populistischer und rechtsradikaler Gegner verteidigen. Dieser Verantwortung müssen wir uns heute wieder stellen.

Demokratische Kultur ist nicht nur in der aktuell dominanten Flüchtlingskrise gefragt. Die Herausforderungen, die wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bewältigen müssen, sind vielfältig. Sie betreffen den Demografischen Wandel mit seinen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, den Klimawandel, den Wandel auf dem Arbeitsmarkt durch die voranschreitende Digitalisierung der Industrie und den Arbeitswelten – Stichwort: Arbeit 4.0. Wir werden weiterhin über den angemessenen Umgang mit in Not geratenen Staaten wie Griechenland diskutieren.

„Die SPD“, sagte Olaf Scholz in einem jüngst gegebenen Interview zur Flüchtlingskrise, steht für "einen pragmatischen Humanismus". Eine Politik, die sich an Werten orientiert und gleichzeitig das Machbare im Blick behält, ist der richtige Ansatz, um gegenwärtige und künftige politische Herausforderungen zu bewältigen, die von den Menschen in unserem Land mitgetragen werden.



TERMINE

Dienstag, 1. März

Diskussionsveranstaltung Flüchtlinge in Hamburg:

Welche Rolle spielen die Fluchtursachen für die Integration? Mit **Ksenija Bekeris**, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, **Kazim Abaci**, Fachsprecher Migration, Integration und Flüchtlinge der SPD-Bürgerschaftsfraktion, **Niels Annen**, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und **Prof. Dr. Michael Staack**, Institut für Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität. Moderation: **Sören Schumacher**, Fachsprecher Europa der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Kaisersaal des Hamburger Rathauses
Anmeldung per Fax: 040 42 73 - 12 291 oder E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de wird gebeten.

Dienstag, 1. März

Offene Vorstandssitzung der ASF

Alle Frauen in der SPD Hamburg sind herzlich eingeladen zur Teilnahme – wir wollen von Euch wissen, welche Themen wir gemeinsam in den nächsten zwei Jahren bewegen wollen.

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Allee 10

Donnerstag, 24. März

Forum Internationale Politik

„Europäische Integration am Ende? Was ist zu tun für die Rettung der europäischen Idee?“
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Knut Fleckenstein, MdEP

Zeit: 18.30 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Haus

Sonnabend, 2. April

SPD-Neumitgliedertag im Kurt-Schumacher-Haus

Alle Neumitglieder der letzten zwölf Monate sind herzlich eingeladen und erhalten automatisch eine persönliche Einladung.
Anmeldung per Telefon (280 848 74) oder E-Mail kerstin.bake-voelsch@spd.de ist notwendig.

Zeit: 10.30 bis 15.30 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Allee 10

Dienstag, 8. April

Landesfrauenkonferenz mit Wahl des ASF-Landesvorstands

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Allee 10

Sonnabend, 9. April

Workshop „Sozialdemokratische Grundwerte und Entwicklung des eigenen politischen Profils“

Zeit: 10-18.00 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Allee 10
Anmeldung unter politische-bildung@spd-hamburg.de oder telefonisch unter 280 848 74

Dienstag, 12. April

Coaching und Netzwerken für (neue) Distriktvorsitzende und Stellvertreter*innen

Zeit: 18-20.00 Uhr

Ort: Kurt-Schumacher-Allee 10
Anmeldung unter politische-bildung@spd-hamburg.de oder telefonisch unter 280 848 74

Mehr Infos zu den Bildungsveranstaltungen unter <http://www.spd-hamburg.de/organisationen/politische-bildung/mitmachen/>

Europa aktuell

FLÜCHTLINGSKRISE: GRIECHENLANDS HERAUSFORDERUNG

von Knut Fleckenstein, MdEP

Im Februar habe ich in Athen im Namen des ASBs fünf Krankenwagen für die Flüchtlingsarbeit in der Nordägäis und an der mazedonischen Grenze übergeben. Fraktionsübergreifend habe ich mich mit griechischen Politikern über die Flüchtlingspolitik ausgetauscht.

Ein großes Thema ist dort zurzeit die Grenzsicherung. So einfach, wie wir uns das gelegentlich vorstellen, ist es nicht. Die Grenzsicherung auf dem Wasser ist, ohne den Untergang von Flüchtlingen billigend in Kauf zu nehmen, fast unmöglich. Die Seegrenze ist nicht schließbar, daher müsste die türkische Seite die Grenzen sichern, so der einheitliche Tenor in Griechenland. Von Griechenland aus wird zurzeit nur die Seenetzung durch die Grenzschutzagentur Frontex gesteuert. Die Menschen werden nun schon beim Erreichen der griechischen Hoheitsgewässer aus den Schlauchbooten geholt.

Im vergangenen halben Jahr landeten auf Lesbos, einer Insel mit knapp 85.000 Einwohnern, 480.000 Flüchtlinge – im Monat kommen damit genauso viele Menschen, wie es Einwohner gibt. Auf

Samos verhält es sich nicht anders. Dort kamen im letzten halben Jahr auf die etwas über 30.000 Einwohner 120.000 Flüchtlinge. Die Inseln sind Transitzonen. Viele der Flüchtlinge kommen morgens mit dem Schlauchboot an, verlassen sie bereits am Abend per Fähre wieder und ziehen über die Balkanroute gen Norden.

Es ist beeindruckend mit welcher Hilfsbereitschaft die griechischen Inselbewohner den Flüchtenden entgegenreten. Und das, obwohl die Flüchtlinge gleich ein weiteres Problem mit sich bringen: Auf den griechischen Inseln rechnet im Sommer keiner mit den üblichen Touristenzahlen.

Die Griechen sind dabei, ausreichend Registrierungsstellen einzurichten. In Containern scannen sie Fingerabdrücke, fotografieren und interviewen Flüchtlinge und stellen Papiere aus. Das System läuft immer besser, auch wenn es manchmal noch an Elementarem wie ausreichend Fingerabdruck-Scannern fehlt. Die Scanner sind eines der wichtigsten Arbeitsinstrumente, denn 80 Prozent der Flüchtlinge kommen ohne Pass – sei es, weil sie ihn auf der Reise

verloren haben oder sei es, weil sie sich nicht zu erkennen geben wollen.

50 % aller Menschen, die zurzeit in Griechenland anlanden sind Nordafrikaner. Grund dafür ist die Visafreiheit der Türkei mit den Maghreb-Staaten. Es ist ein dringlicher Wunsch aus Griechenland, dass die Türkei die Visafreiheit vorübergehend aussetzt.

Registrierung alleine nutzt nichts. Für die Griechen gibt es ein weiteres Hindernis: Wohin mit den Flüchtlingen? Deutschland und Schweden möchten keine mehr aufnehmen. Andere EU-Mitgliedsstaaten waren dazu zu keinem Zeitpunkt bereit. Wir drehen uns im Kreis. Es bleibt nur die Quote. Ohne eine Beteiligung möglichst vieler EU-Mitgliedsstaaten ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen, gibt es keine vernünftige und faire europäische Lösung. Die Griechen müssen ihren Beitrag leisten.

Aber sie verdienen unsere Unterstützung und die Solidarität aller Europäer.



DIE AVS INFORMIERT

„Um den Verfolgten Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen“ ist der Titel einer neuen 36-seitigen Publikation der AvS mit den kommentierten Jahresberichten der Hamburger Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, beginnend mit dem Jahresbericht 1948. In der Einführung bereitet Helga Kutz-Bauer die fast übermenschlichen Bemühungen der Verfolgten um Wiedergutmachung auf und stellt dar, welche Hürden überwunden werden mussten, weil weder die Bevölkerung noch die damalige CDU-geführte Bundesregierung den Anliegen der Verfolgten positiv gegenüberstanden. Die Schrift ist im Kurt-Schumacher-Haus erhältlich und steht als PDF-Download unter folgendem Link bereit: <http://avs-hh.de/?p=114>



IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Hamburg

V.i.S.d.P.
Lars Balcke

Redaktion:
Fabio Cecere
Roland Triankowski

Satz und Gestaltung:
Katrin Rötterink

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
April 2016

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg